

# Politik über Ostern.

Der politische Osterhase hat in Deutschland insofern entläuscht, als er die deutsche Raumungsnote, die bereits zu Neujahr angekündigt worden war, nicht gebracht hat. Der Außenminister hat sich darauf beschränkt, in Osterartikeln an die Regierungen in Paris und London die Aufforderung zu richten, aus eigener Initiative den Rhein von der Besatzung zu befreien, damit so der Welt gedient werde. Mit Recht weist er darauf hin, daß nicht einmal die Erklärungen, die in einer feierlichen Note der Besatzungsmächte über die fühlbare Herabsetzung der Besatzung gegeben wurden, bis zur Stunde durchgeführt worden wären. Dr. Stresemann beruft sich mit anerkennenswerthem Optimismus auf die Geltung des deutschen Volkes in der Welt und spricht die Hoffnung aus, daß sie mit Erfolg für den Weltfrieden eingeleitet werden könne — wenn eben Deutschland von dem Druck der Rheinlandbesatzung befreit sein würde.

In der den französischen Machthabern trotz aller Verteuerung des guten Willens von Seiten Briand's eigenen unnetten Form weist ein offenbar inspirierter Gegenartikel des „Temps“ auf Unstimmigkeiten in der höchsten Form vorgebrachten Wünsches des deutschen Außenministers zurück. Da es keinen anderen Grund findet, wärmt das Blatt alle Kamellen auf, die in Deutschland und auch in England als lächerlich empfunden werden: der Eintritt der Deutschen in die Regierung habe so starkes Mißtrauen hervorgerufen, daß die Räumung nicht verlangt werden könne. Nicht einmal die deutschen Sozialdemokraten wagen mehr, diesen Grund an den Haaren herbeizuziehen, sonst hätte dies Dr. Breitscheid in seinem Osterartikel im „Vorwärts“ sicher getan, in dem er den Franzosen jurist: Recht Ernst mit dem Frieden! Auch die „Börs.

Fig.“, die als franzosenfreundlich bekannt ist, legt resigniert die ganze Schuld an den Mißerfolgen der Räumungsaktion den Gegnern zur Last, sie leitartikel von „Einkreisungspolitik“, die anstelle der „Völkerbundsdeale“ getreten sei. Niemand mag zu behaupten, daß die Welt heute anders aussehe, wenn in Deutschland eine sozialistische Regierung am Ruder wäre. Der „Temps“ steht also mit seinen kindischen Auslassungen allein auf weiter Flur. Jedermann weiß, daß Poincaré noch vor wenigen Monaten die Räumung bewilligt hätte, wenn er die Hilfe Deutschlands zur Stabilisierung des Franken gebraucht hätte. Nur durch einen Zufall ist dieses Geschäft nicht abgeschlossen worden, Frankreich erhielt Hilfe von anderer Seite.

In Auslande sind nicht weniger als drei Kabinette über die Osterfrage zurückgetreten, das jugoslawische, das ägyptische und das japanische. Sonst ist eine weitere Klärung der chinesischen Frage zu vermeiden. Die Spaltung der Kuomintang ist vollendet, Tschankaisch hat sich offiziell von der bolschewistischen Strömung unter Führung Tschens getrennt. England, das die fünf unmittelbar an China interessierten Mächte führt, hat einen neuen Erfolg zu verzeichnen. Bieleicht ist die Zeit nicht fern, in der sich Tschankaisch mit dem Norden einigen wird, der völlig unter englischem Einfluß steht. Es kommt ganz darauf an, wie sich der Meinungsstreit zwischen London und Paris weiterentwickelt, der — zu unserem Troste — auch über die Osterzeit lustig fortgegangen ist.

Rußland sucht seine Mißerfolge auf alle möglichen Arten auszugleichen. Es trübt von Versicherungen der Freundschaft mit Deutschland und macht alle Anstrengungen, in der europäischen Politik wieder mitzuspielen zu dürfen.

## Stresemann zur Rheinlandräumung.

In einem Osterartikel Stresemann's in der „Börs. Fig.“ heißt es u. a.: In Deutschland ist der Gedanke der Befreiung und der Mitwirkung am europäischen Frieden Gemeingut aller vernünftigen Leute geworden. Man darf aber diese Einstellung nicht dadurch auf eine zu starke Probe stellen, daß man dem Vertrauen Deutschlands in die Notwendigkeit der friedlichen Entwicklung des Mißtrauens und die Fortsetzung der Furcht vor Deutschland entgegenstellt, die in den Tatsachen keinerlei Berechtigung finden. Es wäre das Beste für die Entwicklung der Beziehungen der Welt, wenn in den Rheinlandfragen die Initiative freiwillig von der anderen Seite ergriffen und durchgeführt würde. Man hat Deutschland ausgerufen, an der Friedenserhaltung mitzuwirken, damit läßt sich die Aufrechterhaltung der fremden Besatzung auf deutschem Boden nicht vereinbaren. Die letzten Monate haben uns vor Zwischenfällen bewahrt; aber niemand ist sicher davor, daß sie nicht eines Tages wiederkommen und Entwicklungen beeinflussen und hemmen, die von allen als segensreich empfunden werden. Entwicklungen nämlich in einem Zusammenwirken der europäischen Großmächte auf der Grundlage einer Verständigung zwischen Frankreich und Deutschland, die die alleinige Garantie für die politische und wirtschaftliche Aufrechterhaltung Europas geben, die ohne diese Grundlage nicht erfolgen wird.

## Kalte Dufche aus Frankreich.

Paris, 18. April. Zu den Ausführungen Stresemann's nimmt ein Teil der französischen Presse bereits Stellung. „Temps“ sucht seine ablehnende Haltung zu begründen mit dem Mißtrauen, das notwendigerweise die Teilnahme der Deutschen an der Regierung hervorgerufen müsse. Wenn Stresemann, so schreibt das Blatt, erkläre, das feierliche Versprechen der Westmächte betreffend die Herabsetzung der Besatzungsgrenze sei nicht verwickelt worden und die Aufrechterhaltung dieser Besatzung sei bei der gegenwärtigen Lage in Europa eine Anomalie, so verfolge er die geringste Anspielung auf die Garantien zu erwidern. Niemals sei vereinbart worden, daß der Locarnovertrag und der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund das Ende der Rheinlandbesatzung zur Folge haben müssen. Ohne Zweifel könne das Opfer einer vorzeitigen Räumung grundsätzlich ins Auge gefaßt werden, wenn Deutschland seine Verpflichtungen vollkommen erfüllt habe. Aber Stresemann irre sich, wenn er erkläre, daß im Interesse der ganzen Welt die Initiative für die Rheinlandräumung von der Gegenseite, d. h. von den Alliierten spontan ergriffen werden müsse. Er wisse doch, daß es allein die Sache Deutschlands als des Fortwärtigen sei, in dieser Hinsicht Vorschläge zu machen und Garantien für die Sicherheit und Ausführung seiner allgemeinen Verpflichtungen zu geben. Nach Thoiry habe man in Berlin zu verstehen gegeben, daß solche Vorschläge gegeben werden würden. Man warte aber jetzt noch immer auf sie.

## Anschlußfrage.

Wien, 18. April. Bei einem großen Sportfest veranstaltete die Sozialdemokratische Partei eine Anschlußfrage. Das sportliche Ereignis war ein Fußball-Länderspiel zwischen ausgewählten sozialistischen Mannschaften Deutschlands und Oesterreichs, wobei die Deutschen mit 3:1 siegten. In einer Ansprache während einer Spiel-pause erklärte Nationalrat Deutsch: Wenn ein Habsburger den ungarischen Königsthrone bestiege, dann sei auch in Oesterreich die Republik bedroht. Dann aber ist die sofortige Proklamierung des Anschlusses die etnaig mögliche Rettung. — Reichsminister a. D. Hermann Müller führte in einer Ansprache u. a. aus: Ich gebe Ihnen die Versicherung, daß im alten Reich alle Parteien von rechts bis links im Ziele zum Anschluß einig sind. Man soll aber die Geduld des deutschen Volkes nicht zu lange mißbrauchen. Die Republik in Deutschland steht heute fester denn je. Wir wollen ein freies Reich der Deutschen, in dem sich auch nach dem Anschluß jeder Oesterreicher wohl fühlen soll.

Regla, 18. April. Der deutsche Farmer Schweizer wurde in Cordoba von Räubern ermordet. Er hatte eine beträchtliche Geldsumme bei sich.

## Die Kriegsgefahr auf dem Balkan.

Paris, 18. April. „Petit Parisien“ läßt sich aus Belgrad melden, daß die friedliche Regelung des italienisch-jugoslawischen Streitfalles durch die hartnäckige Haltung der italienischen Regierung aufgegeben zu sein scheint. Der offizielle Bericht, in dem Rom seine Absicht bekundet, keine Interpretation des Triana-Abkommens zuzulassen, komme einem Bruch gleich. Die Regierung von Belgrad, die sich an die Anregungen der Großmächte halte, werde ihren Standpunkt in der Frage der internationalen Lage Albaniens nicht ändern. Das Problem scheint also unlösbar und der Horizont des Balkans verdüsterte sich aufs neue. Die Regierung in Rom scheint zu den schlimmsten Eventualitäten bereit zu sein. Die Großmächte müßten in dem Konflikt intervenieren, dessen Ernst man sich nicht verhehlen könne.

## Kabinettswechsel in Jugoslawien.

Belgrad, 18. April. Ministerpräsident Ufunowitsch ist zurückgetreten. Er begründete die Rücktrittserklärung damit, daß die außenpolitische Lage eine breitere und stabilere Grundlage der Regierung erfordert. Es wurde ein neues Kabinett gebildet. Ministerpräsident ist Velja Bulitischewitsch.

## Diktatur in Litauen.

Romno, 18. April. Der litauische Ministerpräsident und Außenminister Boldemaras erklärte Pressevertretern gegenüber, daß ein großer Teil der Bevölkerung überhaupt keine Neuwahlen wünsche. Die Regierung denke aber nicht so Sie bringe die nächste Sejmwahl in Verbindung mit konstitutionellen und administrativen Reformen, die in der letzten Regierungsbekanntmachung vorgeschrieben, beim letzten Sejm aber nicht durchzuführen waren. U. a. soll die Zahl der Abgeordneten herabgesetzt und das Wahlrecht geändert werden. Die Regierung werde nicht zulassen, daß die Widerheiten über das Schicksal der Regierungen entscheiden. Die Frage nach dem Zeitpunkt der Wahlen beantwortet Boldemaras mit der Feststellung, daß Wahlen unter den jetzigen Umständen unmöglich seien. Nachdem man den Versuch gemacht habe, die Regierungen durch einen bewaffneten Aufstand (?) zu stürzen, wäre es leichtsinnig, etwas tun zu lassen, was die Ruhe und die Ordnung des Landes gefährden könne.

## Litwinow-Stresemann.

Berlin, 18. April. Der stellvertretende Volkskommissar für auswärtige Angelegenheiten der Sowjetunion, Litwinow, hat an den Reichsminister des Auswärtigen, Dr. Stresemann, ein Telegramm gerichtet, in dem es heißt: „Am fünften Jahrestage der Unterzeichnung des Rapallo-Vertrages, der die Grundlage der freundschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und der Union festgelegt hat, betrachte ich es als meine angenehme Pflicht, Sie, Herr Reichsminister, sowie die Reichsregierung zu begrüßen. Unsere beiden Regierungen haben stets an den Prinzipien des Rapallo-Vertrages festgehalten, was besonders auch beim Abschluß des Berliner Vertrages zum Ausdruck gekommen ist. Die Regierung der Union ist der vollen Ueberzeugung, daß die Befestigung und der Ausbau der freundschaftlichen Zusammenarbeit zwischen Deutschland und der Union vollkommen den Interessen beider Länder entsprechen.“

Der Reichsaussenminister hat Litwinow darauf u. a. geantwortet: „Sie können überzeugt sein, daß die Gedanken, die Sie in Ihrem Telegramm zum Ausdruck bringen, nicht nur bei mir persönlich, sondern auch bei der Reichsregierung lebhaften Widerhall finden.“

## Rußland und die Weltwirtschaftskonferenz.

Genf, 18. April. Die Meldung, nach der die Schweiz und Rußland übereingekommen sind, die zwischen den beiden Ländern bestehende Sperren als aufgehoben zu erklären, sowie die weitere Erledigung der gegenseitigen Streitfragen durch diplomatische Unterhandlungen zu erleichtern, ist von Genf aus folgendermaßen zu ergänzen: Rußland hat bis heute seine kategorische Weigerung, an völkerverbündlichen Konferenzen teilzunehmen, wenn diese in der Schweiz stattfinden, stets mit der Haltung der schweizerischen Regierung gegenüber Rußland motiviert. Mit dem schweizerisch-russischen Protokoll fällt nun diese Begründung vollständig dahin, so daß Rußland in der Zukunft an internationalen Konferenzen in der Schweiz, besonders an völkerverbündlichen Veranstaltungen, ohne Schwierigkeiten teilnehmen können. — Aus völkerverbündlichen Kreisen wird verlautet, daß der Abschluß der Feindbündelverträge zwischen Bern und Moskau als eine große Botchaft betrachtet werde, und daß man alle Hoffnungen hege, Rußland werde den allernächsten Anlaß nehmen, um sich in Genf vertreten zu lassen. Dieser nächste Anlaß ist die am 4. Mai beginnende Weltwirtschaftskonferenz.

## Rußlands Außenhandel.

Moskau, 18. April. Der Handelskommissar der Sowjet-Union veröffentlicht eine offizielle Mitteilung, in der es heißt: Ungeachtet aller Schwierigkeiten und Erklärungen unserer Gegner, die Europa glauben machen wollen, daß die Sowjetunion außerstande sei, alle ihr von Deutschland zur Verfügung gestellten Kredite auszunutzen, haben wir es verstanden, nicht nur die Kredite voll auszunutzen, sondern darüber hinaus noch eine beträchtliche Menge von Bestellungen zu vergeben, so daß die deutsche Regierung den Rahmen der deutschen Kredite erweiterte. Die deutsche Industrie schreitet auf breiter Front zu Lieferungen für eine Reihe neuer russischer Unternehmen. Die wirtschaftliche Wirkung der Durchführung dieser Lieferungen wird für die Beziehungen unserer Industrie zu den deutschen Lieferanten von bestimmendem Einfluß sein. Die Handelsvertretung muß daher während der Lieferfrist mit der deutschen Industrie in enger Verbindung stehen. Die pünktliche Einhaltung der Lieferfristen ist von allergrößter Wichtigkeit. Der Volkskommissar wies ferner darauf hin, daß entsprechend der Steigerung der sowjetrussischen Produktion unbedingt eine Erhöhung der Vergütung von Aufträgen ins Ausland eintreten werde.

Moskau, 18. April. Heute wurde der vierte Räte-Kongress der Sowjet-Union durch Kollin eröffnet. In der Diplomatenloge sah man sämtliche Vertreter der fremden Staaten, darunter den deutschen Botschafter Graf Brockdorff-Rantzau.

Paris, 18. April. In Frankreich ist man sich klar darüber, daß Japan von der bevorstehenden Dreimächtekonferenz nicht viel erwartet. Frankreich sieht, daß Moskau jetzt keinen Kampf um die Weltrevolution auf chinesischem Boden auskämpft; es fürchtet, daß auch Europas Schicksal dort entschieden wird. Deutschland scheint in der letzten Zeit Moskau freundlicher gestimmt zu sein. Deshalb verfolgt Briand die Vorgänge mit Aufmerksamkeit, um gegebenenfalls seine Politik ändern zu können.

London, 18. April. Der amerikanische Botschafter in Tokio, MacBeagh, erklärte: Japan wird in China nicht intervenieren; es schützt den chinesischen Markt als wichtigen Kunden und wird die Entwicklung ruhig abwarten. Ich glaube, daß sich China aus dem augenblicklichen Chaos herausarbeiten und eine neue starke Regierung begründen wird, ohne daß eine fremde Intervention nötig wäre.

## Die Unsicherheit in Berlin.

Berlin, 18. April. Der Berliner Magistrat hat an den Polizeipräsidenten ein Schreiben gerichtet, in dem darauf hingewiesen wird, daß es nicht länger angehe, daß friedliche Bürger dem Rowdium schuldlos ausgeliefert seien. Desgleichen müssen Mittel und Wege gegen die häufigen Zusammenstöße politischer Parteien und Parteigruppen gefunden werden, zumal auch bei diesen sehr oft Unbeteiligte in Mitleidenschaft gezogen und verletzt würden. Das Gefühl der Unsicherheit werde durch die Tatsache verstärkt, daß die Polizei in recht vielen Fällen die Schuldigen nicht zu ermitteln vermöge, um sie der Bestrafung zuzuführen. Die Polizei müsse diesen Zuständen durch vorbeugende Maßnahmen und schärfere Einschreiten ein Ende machen.

## Abgelehnte französische Schnüffelkäse.

Berlin, 18. April. Offiziell wird mitgeteilt, daß zwischen der Berliner und Pariser Regierung ein Konflikt über die Frage ausbrochen sei, ob die Zerstückelungsarbeiten an den Festungswerken von Küstrin, Königsberg und Glogau noch kontrolliert würden oder nicht. Frankreich hat den Versuch gemacht, diese bei der Aufhebung der internationalen Kontrolltätigkeit vom Reiche zuzugewinnen und vertraglich beschlossenen Zerstückelungsarbeiten durch die Militär-sachverständigen bei den Berliner diplomatischen Vertretungen der Versailler Vertragsmächte kontrollieren zu lassen. Die Reichsregierung hat ein diesbezügliches Gesuch um Erteilung von Vollmachten abgelehnt.

## Dawesplan-Pläne.

### Noch Belastung der Reichspost.

Berlin, 17. April. Die „Deutsche Fig.“ meldet, am 15. März sei zwischen Parker Gilbert, der Entschädigungskommission und Wallstreet folgendes Einvernehmen über die Verringerung des Dawes-Planes erzielt worden: Zur Entlastung des Reichsetats, der im Regelfall mit 1250 Mill. RM belastet ist, sollen 250 Mill. RM ausgetaschelt und anderweit untergebracht werden, so daß der Etat laufend „nur“ mit 1000 Millionen belastet bleibe. Es sollten aus dem Etat 1927/28 300 Millionen, aus dem Etat 1928/29 weitere 50 Millionen abgelastet werden. Diese 250 Millionen sollten folgendermaßen aufgebracht werden. Es sollte zunächst eine Verstärkung der Industrieobligationen um 1250 Mill. RM stattfinden mit dem Ertrage von jährlich 75 Mill. RM, so daß insgesamt die jährliche Industrielast von 300 auf 375 Mill. RM steigen würde. Weiter sollte eine Belastung der Reichspost stattfinden, wobei die Frage noch offen stehe, ob dies unter Umwandlung der Reichspost in eine A.-G. mit einem Aktienkapital von 5 Milliarden RM oder ohne diese Umwandlung „lediglich“ unter Aufhebung einer Obligationenlast nach dem Muster der Industriebelastung geschehen soll. Aus der Postbelastung wird für 1927/28 ein Betrag von jährlich 100 Mill. RM, für 1928/29 ein Betrag von 150 Mill. RM erwartet. Die restlichen 25 Millionen RM sollen erbracht werden durch eine Mehrbelastung von Tabak, Zucker, Alkohol und Bier, wobei für Tabak und Zucker die Einrichtung eines Monopols vorgesehen sei. Der Bankier Kahn hätte den Auftrag gehabt, mit Stresemann, Schacht und Göttschmidt die notwendigen Einigungen zu besprechen.